

Bericht
über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2009
und des Jahresabschlusses 2009 des Eigenbetriebs Immobilien Kreiskliniken

I. Prüfungsauftrag

Nach § 110 Gemeindeordnung hat das Rechnungsprüfungsamt die Jahresrechnung vor der Feststellung durch den Kreistag daraufhin zu prüfen, ob

1. bei den Einnahmen und Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung nach den Gesetzen und den bestehenden Rechtsvorschriften verfahren worden ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
4. das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Weiter hat das Rechnungsprüfungsamt nach § 111 Gemeindeordnung die Rechnungsabschlüsse der Eigenbetriebe zu prüfen.

Bei der Nahverkehrsgesellschaft Zollernalb (NVZ), der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) und der Energieagentur GmbH prüft das Rechnungsprüfungsamt die Jahresabschlüsse mit ausdrücklicher Genehmigung des Regierungspräsidiums Tübingen anstelle eines Wirtschaftsprüfers.

Weiter ist dem Rechnungsprüfungsamt die Betätigungsprüfung bei Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Landkreis beteiligt ist, übertragen worden.

II. Prüfungsdurchführung

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgt nach Abschluss des Haushaltsjahres ganzjährig und nicht erst mit Vorlage der Jahresrechnung durch die Kreiskämmerei. Die Auswahl der Prüfungsthemen erfolgt nach der Reihenfolge der Unterabschnitte im Haushaltsplan.

Die Prüfung wird von 2 Beamten mit der Ausbildung zum Diplomverwaltungswirt (FH), sowie einer Verwaltungsfachwirtin/ Verwaltungsfachangestellten vorgenommen.

Wegen des Wechsels der Verwaltungsfachwirtin auf eine höher dotierte Stelle innerhalb des Landratsamtes musste diese Stelle im Lauf des Jahres 2010 neu besetzt werden. Hier

konnte eine Mitarbeiterin gewonnen werden, die bereits über einige Jahre Berufserfahrung auf der Kreiskasse des Landratsamtes verfügt.

III. Beratende Tätigkeit

Im Jahr 2010 war das Rechnungsprüfungsamt in 33 Fällen beratend tätig. Nach wie vor anhängig sind die Rechtsstreite in Sachen Firma Märte, Gipser Kreisklinik Albstadt und wegen des schadhafte Bodenbelags/ Estrich in der Gewerblichen Schule in Balingen.

Zu Ende gebracht werden konnte die Auseinandersetzung wegen einer nicht erforderlichen Dachabdichtungsbahn auf dem Dach der Gewerblichen Schule Balingen. Hier hat man sich mit der Versicherung des Architekten auf die Zahlung von 18.000 € an den Zollernalbkreis geeinigt. Hierüber wurde im Kreistag bereits berichtet.

Angesichts der Bausummen war das Rechnungsprüfungsamt natürlich auch im Zusammenhang mit der Baumaßnahme Erweiterung und Sanierung der Kreisklinik Balingen beschäftigt. Hier gilt es derzeit die Verantwortlichkeiten für die späte Entscheidung für den Abriss des 2. Bauabschnittes bei der Erweiterung der Kreisklinik Balingen zu klären. Hierüber wurde dem Kreistag bereits berichtet.

Im Bereich der Abfallwirtschaft hat das Rechnungsprüfungsamt an der Gebührenkalkulation, sowie an nachfolgenden Fragen der Rechtsaufsichtsbehörde mitgewirkt.

Im Auftrag des Jugendhilfeausschusses hat das Rechnungsprüfungsamt die Finanzvorgänge und Vertragsverhältnisse des Kreisjugendrings untersucht. Ein Prüfungsbericht hierzu ist bereits intern vorgelegt worden.

IV. Mitwirkung in Arbeits- und Projektgruppen

Wie in den vergangenen Jahren hat auch in 2010 das Rechnungsprüfungsamt in der Stellenbewertungskommission mitgewirkt. Insgesamt wurden 27 Arbeitsplätze neu bewertet.

Weiter wirkt das Rechnungsprüfungsamt in der Arbeitsgruppe zur Einführung des neuen Kassen-, Haushalts- und Rechnungswesen mit. Das Rechnungsprüfungsamt war eines der ersten Ämter, das seine Produkte festgelegt hat. Derzeit beschäftigen wir uns insbesondere mit der Vorbereitung zur Prüfung der Eröffnungsbilanz.

V. Datenschutz

Seit 2009 ist das Rechnungsprüfungsamt auch mit der Aufgabe des Datenschutzbeauftragten betraut.

Innerhalb des Berichtszeitraumes hat sich das Rechnungsprüfungsamt mit einer geplanten Videoüberwachung der Tiefgarage des Landratsamtes sowie mit der Einrichtung der Erfassungsstelle für die derzeit stattfindende Volkszählung beschäftigt.

Darüber hinaus sind weitere kleinere Anfragen der Fachämter bezüglich des Datenschutzes im Rahmen der täglichen Arbeit eingegangen, die vom Rechnungsprüfungsamt dementsprechend zu klären waren.

Weiter haben wir verschiedene Hinweise gegeben, um den Datenschutz im Landratsamt zu verbessern, auf die wir bei unserer täglichen Prüfungsarbeit gestoßen sind, über die man sich in der Vergangenheit einfach noch keine Gedanken gemacht hat. Die Dienststellen haben diese Hinweis jeweils aufgegriffen und die Situation verbessert.

VI. Schwerpunktprüfung

Auch im Bezug auf die Jahresrechnung 2009 sind wieder verschiedene Schwerpunktprüfungen durchgeführt worden. In 2010 sind im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung 2009 insgesamt 22 Prüfungsberichte vorgelegt worden.

An dieser Stelle soll nur auf die Wichtigsten eingegangen werden.

1. Prüfung der Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung der Dienstfahrzeuge

Für die Haltung von Dienstfahrzeugen sind alleine an Unterhaltungs-, Reparatur- und Treibstoffkosten im Rechnungsjahr 2009 über 47.000 € angefallen. Hinzu kommen die Kosten für das Fahrzeugleasing bzw. den Kauf von Fahrzeugen. Die hier ausgegebenen Beträge haben nach unserer Auffassung eine genauere Überprüfung gerechtfertigt. Genauer betrachtet haben wir daher die Beschaffungsvorgänge in den Haushaltsjahren 2008 und 2009. Hier insbesondere die Frage, ob jeweils die wirtschaftlichste Beschaffungsart (Kauf oder Leasing) gewählt worden ist. Weiter haben wir uns mit der Auslastung der Fahrzeuge im Fahrzeugpool beschäftigt, sowie der Zuordnung einzelner Fahrzeuge zu bestimmten Ämtern, wie z.B. zum Gesundheitsamt. Weiter haben wir die Treibstoffbeschaffung näher betrachtet.

Allein in 2009 wurden fast 30.000 Liter Kraftstoff getankt (ohne die Fahrzeuge der Straßenbauverwaltung). Da der seitherige Liefervertrag bereits seit 2002 unverändert besteht hat das Prüfungsamt angeregt hier eine neue Ausschreibung zu erarbeiten.

Bezüglich der Beschaffung von Dienstfahrzeugen konnten wir feststellen, dass beim Wirtschaftlichkeitsvergleich Kauf/ Leasing die jeweils richtige Beschaffungsvariante gewählt worden ist.

Lediglich bei der Auslastung der eingesetzten Dienstfahrzeuge mussten wir feststellen, dass an rund der Hälfte der Arbeitstage mindestens Eines, der acht zur Verfügung stehenden Dienstfahrzeuge, nicht genutzt worden ist. Hier sollte entweder der Fahrzeugpool reduziert oder die Mitarbeiter verstärkt zur Nutzung der Dienstfahrzeuge anstatt ihrer Privat-Pkws angehalten werden. Inzwischen hat die Verwaltung den Fahrzeugpool um ein Fahrzeug reduziert.

2. Prüfung von Baumaßnahmen

Im Bezug auf die Jahresrechnung 2009 sind vom Rechnungsprüfungsamt 11 Baumaßnahmen geprüft worden. Derzeit sind wir noch mit der Prüfung der Baumaßnahme Umnutzung Krankenhaus Hechingen befasst, welche wegen des erheblichen Bauumfangs doch eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt.

Bei den letzten Prüfungen sind uns vermehrt Abweichungen vom Leistungsverzeichnis aufgefallen, sei es durch Nachträge, Massenänderungen oder nachträgliche Änderungen des Bauentwurfs.

Wir führen dieses Phänomen darauf zurück, dass die Planungsphase zum Zeitpunkt der Ausschreibung noch nicht ganz abgeschlossen war.

Dieses mag sicher verschiedene Ursachen haben. Allgemein sollte jedoch für die Planung, wie auch für die Bauausführung, ein ausreichender Zeitansatz vorgegeben werden.

3. Prüfung der Ausgaben für Versicherungen des Zollernalbkreises

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Versicherungsverträge des Landkreises daraufhin überprüft, ob einerseits einzelne Versicherungsverträge verzichtbar sind, andererseits ob die üblicherweise für einen Landkreis bestehenden Risiken vom Versicherungsumfang der bestehenden Verträge abgedeckt sind.

Eine Unterversicherung haben wir bezüglich der Umweltschadensversicherung festgestellt. Auf ein Angebot der WGV hat der Landkreis ab 2008 die Umweltschadensversicherung abgeschlossen, um den Versicherungsschutz für mögliche Schadensersatzansprüche aus dem Umweltschadensgesetz sicher zu stellen. Auf der Grundlage des WGV-Angebots war beabsichtigt, in den Versicherungsschutz die Risiken durch den bestehenden Betrieb von Deponien einzubeziehen. Durch einen bis dahin unbemerkten Fehler der Versicherung wurde der Vertrag ohne die Absicherung des Abfallbeseitigungsrisikos abgeschlossen.

Genau umgekehrt verhält es sich bei der Inhaltsversicherung.

Hier besteht bei der WGV seit 2004 ein Versicherungsvertrag, der für eintretende Schäden insbesondere an den technischen und kaufmännischen Betriebseinrichtungen bei Elementarschäden und Einbruch/Raub eintreten soll. Die Versicherungssumme ist zum Versicherungsbeginn auf pauschal 16 Millionen Euro festgelegt worden. Infolge der vereinbarten jährlichen automatischen Summenanpassung hat sich die Versicherungssumme inzwischen auf 22.540.000 € erhöht. Allein von 2006 bis 2008 wurde hier eine automatisierte Summenanpassung von rund 34% vorgenommen.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Versicherungssumme dringend überprüft werden sollte. Dieser Prüfung kann das im Rahmen der Einführung des neuen Haushalts- und Kassenrechts erstellte Anlageverzeichnis dienen. Ebenfalls halten wir eine jährliche pauschale Anpassung der Versicherungssummen für nicht sachgerecht.

Gesamtbetrachtung

Insgesamt gesehen hat die Verwaltung des Zollernalbkreises ihre vielfältigen Aufgaben gesetzmäßig und wirtschaftlich erledigt.

Dass das Rechnungsprüfungsamt bei einer Organisation in der Größe des Landratsamtes Feststellungen treffen muss liegt auf der Hand und soll keineswegs den positiven Gesamteindruck schmälern.

VII. Jahresrechnung Rechnungsergebnis 2009

Die Jahresrechnung 2009 schloss mit folgendem Ergebnis ab:

	Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz
Verwaltungshaushalt Einnahmen und Ausgaben	157.441.087,63 €	158.702.830,00 €
Vermögenshaushalt Einnahmen und Ausgaben	12.510.237,74 €	10.793.260,00 €
Insgesamt	169.951.325,37 €	169.496.090,00 €

VIII. Ergebnis der Jahresrechnung

1. Gesamtbetrachtung

Das Jahr 2009 war geprägt durch die schwerste Finanzwirtschaftskrise seit bestehen der Bundesrepublik Deutschland, was natürlich auch Auswirkungen auf die Finanzwirtschaft des Landkreises hatte. Während die Kreisumlage der Gemeinden planmäßig eingegangen ist, sind vor allem die Schlüsselzuweisungen des Landes um 1.166.500 € oder 5,51% hinter dem Planansatz geblieben.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Personalausgaben um 5% oder 1.335.620 € erhöht. Die Kostensteigerung liegt zum Einen an einer Besoldungserhöhung bei den Beamten von durchschnittlich 5,8%, sowie an notwendigen Personalaufstockungen an verschiedenen Stellen.

Nicht nur bei den Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation im Jahr 2009 negativ auf die Kreisfinanzen ausgewirkt, auch bei den Sozialausgaben ist der Zuschussbedarf für die Grundsicherung für Arbeitssuchende um über 1,3 Mio. Euro oder 15,42% im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

2. Entwicklung der Rücklagen

Obwohl die allgemeine Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt gegenüber dem Vorjahr um rund 1,8 Mio. Euro oder 17,65% zurück gegangen ist, konnten der allgemeinen Rücklage doch überplanmäßig 3.220.547,75 € zugeführt werden, so dass diese sich am 31.12.2009 auf insgesamt 21.596.822,37 € belaufen hat und damit auf den höchsten Wert seit der Gründung des Zollernalbkreises.

Umgekehrt tätigt der Zollernalbkreis mit der Erweiterung der Klinik Balingen seine derzeit größte Investition seit seiner Gründung.

3. Entwicklung der Schulden

Zusätzlich zur Aufstockung der Rücklagen konnte die Verschuldung weiter zurück geführt werden. Sie betrug am 31.12.2009 noch 15.799.807,33 € und damit 83,22 € je Einwohner.

Stellt man Schulden und allgemeine Rücklage gegenüber, so ist der Zollernalbkreis praktisch seit dem Jahr 2008 schuldenfrei.

Der Landesdurchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung der Landkreise betrug zum 31.12.2009 167 Euro je Einwohner.

4. Vermögenshaushalt 2009

Der Investitionsschwerpunkt 2009 lag wie im Vorjahr bei den Kreisstraßen. Hier wurden über 2,8 Mio. Euro investiert. Die wichtigsten Baumaßnahmen waren die K 7131 Leidringen - Trichtingen, die K 7101 Truchtelfingen – Bitz, die K 7155 Klingenbachbrücke - Steinhofen, sowie die Beschaffung von Fahrzeugen und Geräten (2 LKWs, 1 Traktor, 1 Mannschaftstransportwagen).

Ein weiterer Schwerpunkt der Investitionen waren wiederum die Ersatzbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenstände für die Kreisschulen. Hier wurden rund 655.900 € investiert, sowie weitere 24.800 € für Baumaßnahmen.

Für die Photovoltaikanlage auf der Gewerblichen Schule Balingen, Jakob-Beutter-Str. und dem Krankenhaus Hechingen wurden 498.000 € ausgegeben.

Für den Klinikneubau in Balingen musste der Landkreis in 2009 noch keine eigenen Mittel aufbringen. Hier können zunächst die Fördergelder des Landes in Höhe von rund 30 Mio. Euro eingesetzt werden.

Bereits in unserem letztjährigen Bericht haben wir die Höhe der Haushaltsausgabereste angesprochen. Diese bleiben beim Jahresabschluss 2009 mit rund 9,6 Mio. Euro (Vorjahr 9,9 Mio. Euro) auf dem annähernd gleichen Niveau. Schwerpunkt der Restebildung waren die Investitionszuweisungen an die Krankenhäuser mit rund 5,76 Mio. Euro, bei den Kreisstraßen mit rund 1,19 Mio. Euro und bei der Abfallwirtschaft mit rund 263.600 Euro.

Insbesondere die Haushaltsreste für die Klinikerweiterung stammen noch aus dem Rechnungsjahr 2008. Die Maßnahme wurde deshalb bereits in 2008 sehr umfänglich veran-

schlagt, weil nicht von vorne herein damit gerechnet werden konnte, dass zunächst die Landesförderung zur ausschließlichen Finanzierung zur Verfügung steht.

IX. Beteiligungsprüfung

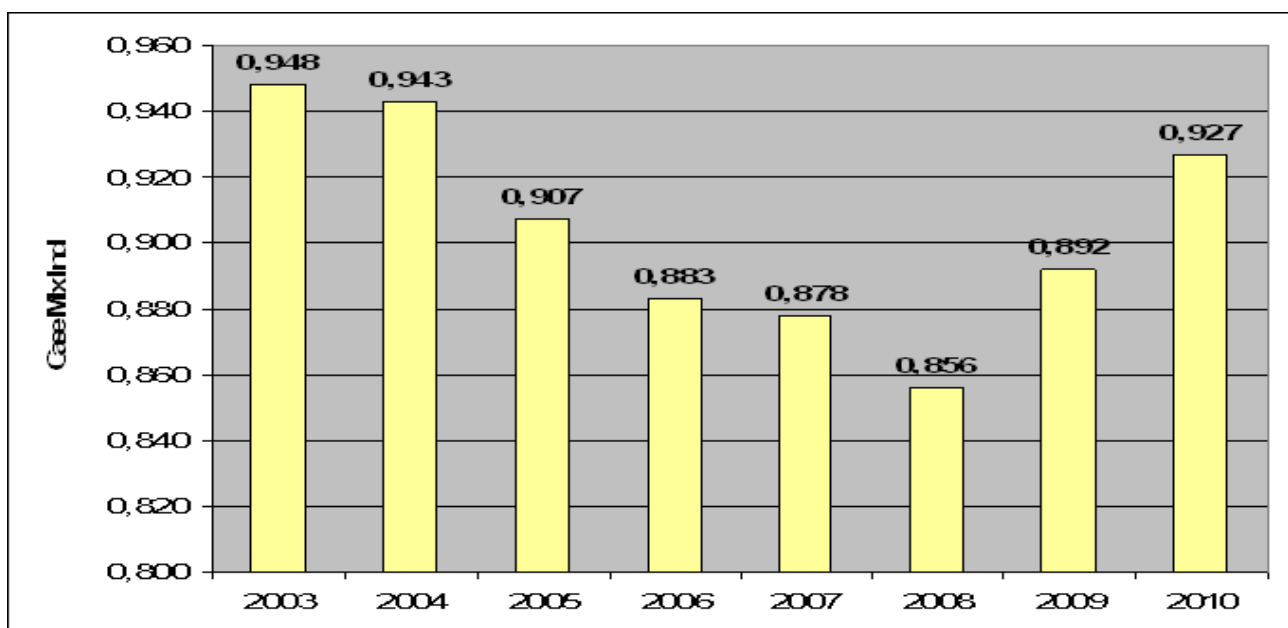
Der Zollernalbkreis ist an verschiedenen privatrechtlich organisierten Gesellschaften beteiligt. Hierzu zählen neben dem Zollernalb Klinikum, als größter Beteiligung, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Energieagentur und die Nahverkehrsgesellschaft Zollernalb.

Bereits im letztjährigen Bericht hat das Rechnungsprüfungsamt darauf hingewiesen, dass bei der Erledigung von öffentlichen Aufgaben in Privatrechtsform in nicht unerheblichem Maß zusätzliche rechtsformbedingte Kosten entstehen.

Das Zollernalb Klinikum, als die bedeutendste Beteiligung, schließt das Jahr 2009 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.791.906,20 € ab. Die Ursachen für diesen Fehlbetrag sind sicherlich vielschichtig. Einen Grund sieht die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO in einer weiteren Reduzierung der Fallzahlen um 2.040 Fälle, was einem Rückgang von 9,8% entspricht.

Dies mag sicherlich auch mit den Baumaßnahmen in Balingen und der Schließung der Chirurgie in Hechingen zusammen hängen. Nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes hängt dies jedoch auch mit der grundsätzlichen Fehleinschätzung der seinerzeitigen Geschäftsführung zur Bedeutung der Patientenzufriedenheit, sowohl bei den Patienten, wie auch bei den niedergelassenen Ärzten, zusammen.

Neben der Anzahl der Fälle ging auch deren Schweregrad zurück. Der durchschnittliche Schweregrad der Fälle wird bei den Krankenhäusern durch den so genannten Case-Mix Index ausgedrückt. Dieser ist seit 2003 von 0,948 bis 2008 auf 0,856 zurück gegangen und steigt seit 2009 wieder an (siehe nachfolgende Grafik).



Auch wenn hier sicherlich Veränderungen bei der Bewertung der Schwere einzelner Krankheiten mit zu dem Rückgang beigetragen haben (sogenannter Katalogeffekt), so zeigt sich hier im Ausblick doch die Tendenz, dass durch die Schaffung neuer Behandlungsschwerpunkte wieder zunehmend Patienten mit komplexeren Erkrankungen im Zollernalb Klinikum behandelt werden.

Da es sich bei den Kosten eines Krankenhauses zum ganz überwiegenden Teil um Fix- und Vorhaltekosten handelt, können Erlösrückgänge nur begrenzt durch Kostenreduzierungen aufgefangen werden. Die derzeitige Geschäftsführung hat diese Situation erkannt und ist bemüht dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Dass dies gelingt, sieht man ebenfalls aus der Grafik, die zeigt, dass ab 2009 der Case-Mix Index, also der Schweregrad der im Klinikum behandelten Erkrankungen, wieder zugenommen hat.

In seinem Bericht zur Jahresrechnung 2003 hat das Rechnungsprüfungsamt darauf hingewiesen, dass durch so genannte Passivierungswahlrechte der Jahresabschluss eines Unternehmens durch völlig legale Instrumente wesentlich beeinflusst werden kann.

Nach der Übernahme der Geschäftsführertätigkeit für das Zollernalb Klinikum gGmbH Anfang 2004 durch Herr Dr. Stumpp, hat dieser bereits den Jahresabschluss zum 31.12.2003 erstellt, für dessen Ergebnis noch dessen Vorgänger verantwortlich gezeichnet hat. Damals wurden die Passivierungswahlrechte großzügig in Anspruch genommen und durch neue, seither nicht gebildete und damals allgemein noch nicht übliche Rückstellungen das Jahresergebnis des Jahres 2003 wesentlich negativ beeinflusst.

Alleine durch die erstmalige Bildung von Gleitzeitrückstellungen wurde seinerzeit das Rechnungsergebnis des Vorgängers um über 1,4 Mio. Euro verschlechtert. Hier handelt es sich um Rückstellungen für die Zeitguthaben der Bediensteten auf den Gleitzeitkonten, die nur in absoluten Ausnahmefällen zur Auszahlung kommen, sondern in aller Regel „abgefeiert“ werden.

Nachdem bei der Übernahme der Geschäftsführertätigkeit die Passivierungswahlrechte bei der Bildung von Rückstellungen konsequent in Anspruch genommen worden sind und hierdurch das Rechnungsergebnis 2003 erheblich verschlechtert worden ist, hätte das Rechnungsprüfungsamt die gleiche Konsequenz auch für die Zukunft erwartet.

Stattdessen stellte sich nun heraus, dass den Beschäftigten des Zollernalb Klinikums aus den Jahren 2007 bis 2009 noch Leistungsentgelte in Höhe von rund 256.000 € zustehen, für die jedoch in der Vergangenheit überhaupt keine Rückstellungen gebildet worden sind. Von der jetzigen Geschäftsführung mussten deshalb im Abschluss 2010 noch Rückstellungen in der entsprechenden Höhe für die vergangenen Jahre gebildet werden, die dann natürlich den Jahresabschluss 2010 belasten.

Der Grund für die bisher unterbliebene Auszahlung ist, dass es seither zwischen Personalvertretung und Geschäftsführung noch zu keiner Einigung über den Auszahlungsmodus gekommen ist. Sobald eine Einigung getroffen worden ist, müssen diese Entgelte jedoch ausbezahlt werden.

Nachdem bei der Übernahme der Geschäftsführertätigkeit durch Herr Dr. Stumpp Rückstellungen bereits für lediglich noch nicht abgefeierte Arbeitszeit auf den Gleitzeitkonten gebildet worden sind, die allenfalls in absoluten Ausnahmefällen zur Auszahlung an den betreffenden Bediensteten geführt hätten, hätte das Rechnungsprüfungsamt erwartet,

dass gerade für Beträge, die tatsächlich in konkreten Geldzahlungen ausgeglichen werden müssen, Rückstellungen gebildet werden.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass gerade diese Verschlechterung des Ergebnisses aus wohl naheliegenden Gründen nicht gewollt war.

X. Prüfung des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskliniken

Eigenbetriebe sind vom Landkreis nach dem Eigenbetriebsgesetz geführte Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Ihre Finanzwirtschaft wird nicht über den Haushaltsplan des Landkreises abgewickelt, sondern sie haben eine eigene Finanzplanung, eine eigene Buchführung und einen eigenständigen Abschluss. Deren Abschlüsse sind nach den Vorschriften der Gemeindeordnung durch das Rechnungsprüfungsamt zu prüfen.

1. Jahresergebnis

Der Eigenbetrieb Immobilien der Kreiskliniken schließt in 2009 mit einem Jahresverlust in Höhe von 1.625.087,24 € ab.

Hinzu kommt ein Verlustvortrag aus Vorjahren mit 145.661,83 €.

2. Buchführung und Rechnungswesen des Eigenbetriebs

Bereits im letztjährigen Prüfungsbericht haben wir darauf hingewiesen, dass die Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem Bericht vom 26.02.2010 verschiedene Hinweise bezüglich der Darstellung im Jahresabschluss und Lagebericht gegeben hat.

Die Hinweise der Gemeindeprüfungsanstalt sind soweit möglich im Jahresabschluss 2009 umgesetzt worden. Dort wo wegen der Buchführungskontinuität eine Umsetzung noch nicht möglich war, erfolgt diese im nächstjährigen Abschluss.

XI. Bestätigungsvermerk

Nach pflichtgemäßer Prüfung kann für die Jahresrechnung des Zollernalbkreises 2009, sowie für den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskliniken 2009 uneingeschränkt bestätigt werden, dass

bei den Einnahmen und Ausgaben und bei der Vermögensverwaltung nach den Gesetzen und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,

die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,

der Haushaltsplan eingehalten worden ist, bzw. bei Überschreitung die notwendigen Entscheidungen der zuständigen Kreisorgane eingeholt worden sind,

das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden,

der Buchführung des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskliniken und der Fertigung des Jahresabschlusses für den Eigenbetrieb Immobilien der Kreiskliniken nach den geltenden Rechtsvorschriften verfahren worden ist.

XII. Empfehlung an den Kreistag

Das Rechnungsprüfungsamt hat keine Bedenken, wenn der Kreistag die Jahresrechnung für das Jahr 2009 nach § 48 der Landkreisordnung und § 95 der Gemeindeordnung so feststellt, wie sie von der Finanzverwaltung in der am 23.06.2010 beurkundeten Fassung abgeschlossen worden ist.

Das Ergebnis des Jahresabschlusses des Eigenbetriebs Immobilien der Kreiskliniken für das Jahr 2009 so feststellt, wie es von der Eigenbetriebsleitung in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung vom 24.06.2010 ausgewiesen wurde.

Balingen, den 21. April 2011

Stocker
Leiter Rechnungsprüfungsamt